

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 283 (2010)
Rubrik: Jahreschronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 27.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

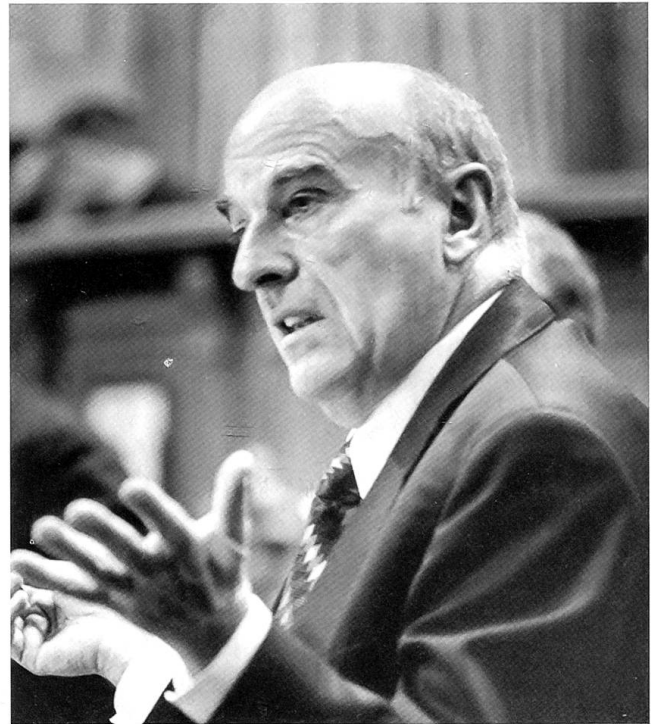
Jahreschronik

(1. MAI 2008 BIS 30. APRIL 2009)

Umwelt

Die Umweltprobleme traten in diesem Jahr etwas in den Hintergrund. Sie existieren immer noch und harren ihrer Lösung, sei es auf globaler Ebene wie auf derjenigen der einzelnen Länder. Es geschahen wohl einige Katastrophen, aber sie standen nicht in direktem Zusammenhang mit der globalen Erwärmung. Seit dem Bericht des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) von 2007 ist kein neuer Bericht über das globale Ausmass erschienen. Es folgten lediglich Mitteilungen über die voranschreitende Abschmelzung der Eisflächen in der Arktis und Antarktis. In der Arktis schmolz das Eis in zwei Jahren um etwa ein Viertel gegenüber dem Jahr 2006. Das entspricht einer Fläche von rund einer Million Quadratkilometer. Gegenwärtig verbleiben noch etwa drei Millionen Quadratkilometer. Infolge dieses Rückganges war die Nord-West-Passage vom Atlantik zum Pazifik erstmals vollkommen eisfrei und schiffbar. In der Arktis sind die Auswirkungen der Klimaerwärmung doppelt so stark wie in anderen Regionen. Durch die Abschmelzung wird die Fläche kleiner, welche die Sonnenenergie reflektiert. Als Folge beschleunigt sich die Aufheizung der Atmosphäre.

Im April zeigte sich doch noch ein Lichtblick für die Umweltprobleme. Der neue amerikanische Präsident Barack Obama kündigte an, dass die USA ihre bisherige Klimapolitik ändern wollen. In Zukunft wird einer der Hauptverursacher der weltweiten Klimaerwärmung bei den internationalen Bemühungen mitmachen, um das Problem in den Griff zu bekommen.



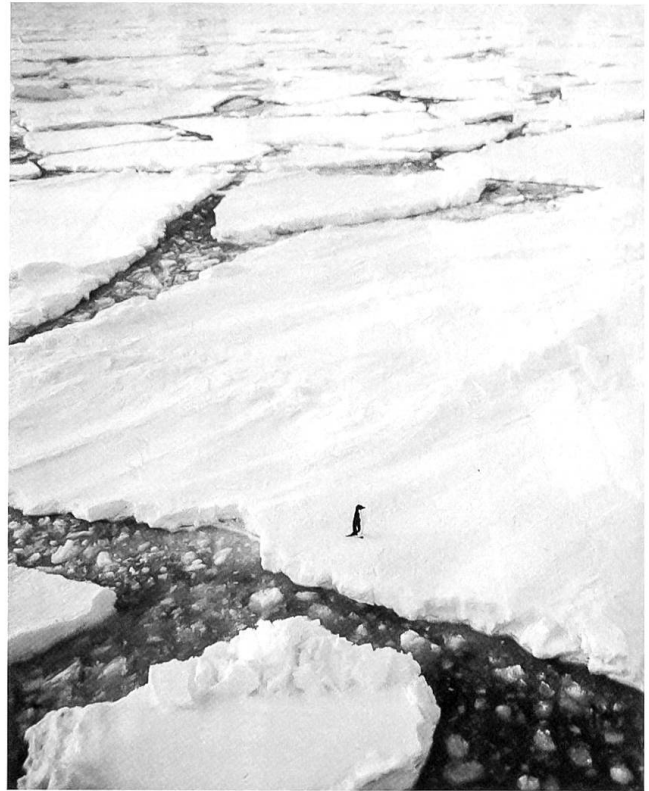
Hans-Rudolf Merz Bundespräsident für das Jahr 2009
(Foto: Hansueli Trachsel)

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise

Aus besonderem Anlass wird ausnahmsweise hier ein Kapitel über diese Krise eingefügt. Es ist seit den Dreissigerjahren des vorangegangenen Jahrhunderts die grösste und tiefste Krise und erfasst alle Belange unseres heutigen Lebens. Vorerst war es eine reine Finanzkrise, und erst später entwickelte sich daraus eine Wirtschaftskrise.

Es gab einige Vorwarnungen – sie wurden alle unterschätzt. Im Spätherbst 2007 kam die sprunghafte Anspannung an den internationalen

Geldmärkten trotzdem für die Mehrheit der Marktteilnehmer überraschend. Man setzte zunächst darauf, dass sich die Lage wieder beruhigt. Es handelte sich ja «nur» um die Krise von minderwertigen Hypotheken (Subprime) in den USA. Doch das Gegenteil trat ein. Selbst die Staatsfonds, die bei den weltweit tätigen Banken eingestiegen waren, unterschätzten das gewaltige Risiko. Aus der «Subprime»-Krise wurde, Woche für Woche bedrohlicher werdend, die komplexeste weltweite Finanzkrise. Vorerst gab es im Frühjahr 2008 die ersten Hiobsbotschaften, als die grossen Investmentbanken der USA Abschreibungen in Milliardenhöhe vornehmen mussten. Bald folgte die UBS, das Flaggschiff der Schweiz, den grossen weltweit tätigen Banken. Ab März fanden sich kaum noch freiwillige Kapitalgeber für angeschlagene Institute. Immer grösser wurden die Verluste an den Aktienbörsen, immer höher stiegen die Gold- und Rohwarennotierungen, insbesondere des Rohöls. Das vorherige Vertrauen unter den Banken schlug in Misstrauen um. Keine Bank wollte einer anderen mehr Kredite gewähren. So kam der gesamte Interbankenmarkt zum vollständigen Erliegen. All das kam nicht ohne das Zutun der einzelnen Staaten zustande. Die viel zu grosszügige Geldpolitik der vergangenen Jahre trug stark zu dieser Entwicklung bei. So kam es, dass die einstigen Brandstifter bald einmal als Feuerwehr angerufen wurden, um der Situation wieder Herr zu werden. Im Herbst verdüsterte sich nämlich das Bild weiter, und die Kernschmelze des internationalen Finanzsystems stand bevor. In den USA mussten die grossen Hypothekenbanken Fannie Mae, Freddie Mac und der weltgrösste Versicherungskonzern AIG verstaatlicht werden. Die Regierung liess ebenfalls die grosse Investmentbank Lehman Brothers in unkontrollierten Konkurs gehen. Bei ihr hatten auch viele Schweizer Gelder in derivativen Produkten angelegt, die nun wertlos wurden. Merrill Lynch, ein weiterer Grosser der Branche, wurde zu einem Notverkauf gezwungen. Die amerikanische Regierung sah sich veranlasst, ein gigantisches Rettungspaket von 700 Milliarden Dollar zu schnüren.



In den arktischen Gebieten schmilzt das Eis.
(Foto: Keystone)

In erhebliche Schieflage gerieten auch europäische Institute. Eindrücklich wurde nun sichtbar, dass Grösse gefährlich sein kann und zum Systemrisiko wird. Nur wenige Tage später musste Island per Notgesetz die Verstaatlichung der grossen Banken verfügen, und Deutschland stellte am 15. Oktober 500 Milliarden Euro und Frankreich 400 Milliarden Euro für die notleidenden Banken bereit. In der Schweiz kam es einen Tag später zum Donner Schlag. Die UBS musste bei Bund und Nationalbank eine Hilfe von über 60 Milliarden Dollar beantragen. Der Glaube, der zwar global vernetzte, aber vermeintlich ausserordentlich stabile Finanzplatz könne die Krise ohne Staatshilfe überstehen, wurde jäh zerstört.

Im Oktober und November machten zahlreiche Hiobsbotschaften deutlich, dass die Finanzkrise voll auf die Wirtschaft übergreift. Für das laufende Jahr 2009 ist erstmals seit dem



Die fallenden Börsenkurse veranschaulichen die weltweite Schieflage der Wirtschaft. (Foto: Keystone)

Weltkrieg von 1939–1945 mit einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung zu rechnen. Nun sind die Notenbanken erneut gefordert, neben den Stabilisierungsversuchen im Finanzsektor Massnahmen zu treffen, die den realen Abschwung der Wirtschaft mildern sollen. Seit dem Herbst 2008 wurde klar, dass die Krise nun alle Wirtschaftszweige weltweit trifft. Zuerst ging dieser Abschwung wieder von den USA aus. Hier betraf es mit der «Subprime»-Krise die Bauwirtschaft. Die Häuserpreise fielen stetig, Neubauten wurden kaum mehr angefangen, und vonseiten der Geldgeber kamen immer mehr Objekte zur Verwertung. Neben der Bauindustrie traf es die Autoindustrie sehr

hart. Wegen der steigenden Rohölpreise kletterte der Benzinpreis in ungeahnte Höhen, und die Käufer verlangten nun möglichst rasch Autos mit geringem und schadstoffarmem Verbrauch. Durch Selbstverschulden – sie hatten jahrelang warnende Stimmen ignoriert – lag nun die amerikanische Autoindustrie völlig falsch. Ihre industriellen Ikonen General Motors (GM) und Chrysler sind praktisch bankrott und können nur mit staatlicher Hilfe am Leben erhalten werden. Einzig Ford versucht den Sturm mit eigenen Kräften zu überstehen. Die beiden Beispiele stehen nur stellvertretend für die ganze Wirtschaft.

Diese Schockwellen erreichten sehr bald die ganze Welt. Europa und unser Land wurden vom wirtschaftlichen Niedergang ergriffen. Praktisch über Nacht sind in Europa Verstaatlichungen und Regulierungen salonfähig geworden. Wegen der Verfehlungen gewisser Banksegmente verlor man das Vertrauen in das freie und von Eigenverantwortung getragene Spiel der Marktkräfte. Insbesondere Deutschland und Frankreich stellten sich bei den wichtigen Ländern Europas an die Spitze dieser Bewegung. Es würde den Rahmen dieser Chronik sprengen, wollten wir auf alle Beispiele eingehen. Aufgeführt werden lediglich einige Beispiele aus unserem Land. Hier traf es zuerst die exportorientierte Industrie der Autozulieferbranche und die Metall- und Maschinenindustrie. Wir haben, insbesondere auch im Kanton Bern, sehr viele Betriebe, die ganze Bauteile oder Einzelteile für die betroffenen Werke herstellen. Bei ihnen gingen die Umsätze rasant zurück. Viele Hundert Betriebe mussten, vorläufig, Kurzarbeit einführen, einige mussten bereits Entlassungen vornehmen. Die Arbeitslosenkasse rechnet mit stetig steigenden Zahlen im laufenden Jahr. Mit Rückgängen haben alle zu kämpfen. Bei gewissen Teilnehmern wird das mit einer Verzögerung eintreten. Hier wird es hauptsächlich die Verwaltungen treffen, die mit geringeren zukünftigen Steuereinnahmen leben müssen. Z.B. musste die Stadt Zürich, direkt von der Finanzbranche abhängig, bereits jetzt einen Fehlbetrag von 180 Millionen Franken im Jahr 2008 bekannt geben.

Politik

Schweiz

Eidgenossenschaft

In der vorjährigen Chronik berichteten wir über die Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher: ein äusserst seltener Fall in der schweizerischen Politik. Die Verarbeitung und deren Folgen bestimmten im Jahr 2008 viele Ereignisse auf nationaler wie kantonaler Ebene. Nachdem die SVP Schweiz feststellen musste, dass sie die neue «abtrünnige» Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf nicht aus der Partei ausschliessen kann, beschliesst sie im Mai, ein Ausschlussverfahren gegen die Bündner Kantonalpartei (die sich weigert, ihre Bundesrätin auszuschliessen) einzuleiten. Am 1. Juni stimmt der SVP-Zentralvorstand diesem Schritt mit 81 zu 5 Stimmen zu. Am darauf folgenden Tag kehrt Bundesrat Samuel Schmid der SVP den Rücken und erklärt, dass er einer Nachfolgepartei liberalerer Kräfte beitreten würde, wenn sich eine solche bildet. In Graubünden und Bern wird noch im gleichen Monat die BDP (Bürgerlich-Demokratische Partei) von ehemaligen SVP-Mitgliedern gegründet.

Am 1. Juni wurde über zwei Initiativen und den Gesundheitsartikel an der Urne entschieden. Alle drei Vorlagen wurden deutlich verworfen. Die SVP-Initiative «für demokratische Einbürgerungen» scheitert mit 63,8% Nein, die sogenannte «Maulkorb»-Initiative der gleichen Partei mit 75,2% Nein. Sehr deutlich scheitert ebenfalls der Gesundheitsartikel.

Nach der Veröffentlichung eines Strafverfahrens wegen Nötigung gegenüber seiner Expartnerin wird der neue Armeechef Roland Nef im Juli beurlaubt. Er erhält Zeit bis im August, um die erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Vier Tage später bietet er seinen Rücktritt an, den der Bundesrat nach den Sommerferien annimmt. Die Affäre wirft hohe politische Wellen und schwächt die Stellung von Bundesrat Samuel Schmid erheblich.

In der Landwirtschaft hat sich der Feuerbrand immer weiter ausgedehnt und zu grossen

Schäden beim Obstanbau geführt. Um eine noch grössere Katastrophe zu verhindern, wird im Mai erstmals in der Schweiz das Antibiotikum Streptomycin zur Bekämpfung eingesetzt.

Am 20. September erleidet Bundesrat Hans-Rudolf Merz zu Hause in Herisau völlig unerwartet einen Herz-Kreislauf-Kollaps. Nach sofortiger erster Hilfe und Stabilisierung im Kantonsspital St. Gallen wird er ins Berner Inselspital geflogen. Hier wird er notfallmässig operiert. Die Geschäfte des Finanzministeriums übernimmt in der hektischen Zeit der weltweiten Finanzkrise vorübergehend seine Stellvertreterin, Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf, sehr erfolgreich.

Nach seiner Herzoperation erholt sich Hans-Rudolf Merz sehr rasch und kehrt bereits am 3. November an seinen Arbeitsplatz zurück. Bei den Wahlen in der Dezembersession des Parlaments wird er mit einem Glanzresultat zum Bundespräsidenten für 2009 gewählt.

Dass sich Hans-Rudolf Merz in Lebensgefahr befand, wurde von der Bevölkerung als Schock empfunden und bewegte das ganze Land. Die Anteilnahme war riesig. Die rasche Genesung löste allseitige Freude bei Volk und Politikern aus. Obschon Hans-Rudolf Merz ein eingefleischter Liberaler ist und mehrere Sparprogramme durchgezogen hat, gilt er als sehr populärer Politiker. Er spricht immer Klartext, der gut verstanden wird. Dabei scheut er auch harte Kritik nicht, bleibt jedoch stets höflich.

Am 8. Februar entschieden sich die schweizerischen Stimmbürger für die Weiterführung der Personenfreizügigkeit zwischen der EU und der Schweiz sowie deren Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien. Den 59,6% Ja-Stimmen standen lediglich 40,1% Nein-Stimmen gegenüber. Die Stimmbeteiligung betrug beachtliche 51%. Im vorgängig heftig geführten Wahlkampf drohten die Gegner mit zunehmender Arbeitslosigkeit, Aushöhlung der Sozialwerke und Überfremdung. Angesichts dieser Argumente wurde ein knapper Ausgang der Abstimmung erwartet. Überraschenderweise fiel dann die Entscheidung sehr deutlich aus. Das Schweizervolk entschied sich für eine Absage an Experimente mit unsicherem Ausgang in den Beziehungen mit der EU.

Die Schweiz geriet durch die Welle der Regulierungen und Verstaatlichungen in Europa immer mehr unter Druck wegen ihres Bankgeheimnisses. Der Bundesrat unterschätzte den sich ständig verstärkenden Druck. Im Ausland wurde der Unterschied zwischen Steuerbetrug (den die Schweiz bekämpft und wogegen sie Amtshilfe zur Verfügung stellt) und Steuerhinterziehung (gegen die keine Amtshilfe geleistet wird) nicht mehr verstanden. Als dann die OECD (eigentlich eine neutrale Gemeinschaftsorganisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit) auf Verlangen der G20 (20 wichtigste Industrienationen der Welt) Listen veröffentlichte, auf deren «grauer» Ausgabe die Schweiz unter denjenigen Ländern figurierte, die als Steuerparadiese gelten, überlief das Fass. Es wurden Sanktionen gegen die OECD und ihren Generalsekretär A. Gurria ge-

fordert. Nichtsdestotrotz wird die Schweiz gefordert sein, in den nächsten Monaten ihre Doppelbesteuerungsabkommen mit den wichtigsten Nationen möglichst rasch zu revidieren, damit der Finanzplatz weiterhin bestehen kann.

Kanton Bern

Das jahrelange Seilziehen um die Entsorgung oder Erhaltung des Autofriedhofs von Franz Messerli fand ein vorläufiges Ende im Februar, als der Gemeinderat von Kaufdorf die endgültige Entsorgung der vielen Oldtimer anordnete. Damit wird den geltenden Vorschriften im Kanton Bern Folge geleistet werden. Viele Kunstinteressierte hatten sich vergebens um die Erhaltung der Sammlung bemüht.

Bern Stadt

Die Stadtrats- und Gemeinderatswahlen prägten das politische Leben in der Stadt. Legislative und Exekutive der Stadt bleiben in linksgrüner Hand. Bei den Stadtratswahlen überrascht allerdings der Trend zur Mitte. Die neue BDP und die Grünliberalen ziehen auf Anhieb mit Fraktionsstärke in den Rat ein.

In der Exekutive bleibt Alexander Tschäppät Stadtpräsident. Rot-Grün-Mitte verteidigt mit drei Sitzen die Mehrheit im Gemeinderat. Neu zieht mit 13 915 Stimmen Reto Nause (CVP) in den Gemeinderat ein. Sein Mitkonkurrent Beat Schori (SVP) erhält 414 Stimmen weniger.

Während der Euro 08 feiert Bern in Orange. Die Stadt ist fest in der Hand der Holländer. Zehntausende von begeisterten Oranjefans beschieren der Bundesstadt mehrere riesige Feste. An den drei Berner Spieltagen verwandeln sie die Innenstadt, das Stade de Suisse und die angrenzenden Quartiere in ein riesiges oranges Meer. Es wird viel gesungen, getanzt und getrunken. Der Bevölkerung gefällt das bunte und ausgelassene Treiben. Jung und Alt macht mit. Restaurants und Standbetreiber erreichen Rekordumsätze. Nach der EM melden die Organisatoren eindruckliche Zahlen: 930 000 Be-



Friedliches Euro-08-Fest in Bern mit vorwiegend holländischer Beteiligung (Bild: Sandra Gericke)



Eröffnung des neu gestalteten Berner Bahnhofplatzes: die wieder gewählten Mitglieder des Gemeinderates, Alex Tschäppät und Regula Rytz, mit Stadtingenieur Hans-Peter Wyss (Foto: Hansueli Trachsel)

sucher in den Public-Viewing-Zonen, eine Million Liter Bier und eine halbe Million Liter Softdrinks verkauft. Zufrieden sind auch die Behörden, lief doch alles recht friedlich ab, und Ausschreitungen blieben aus. Von den vier Austragungsorten in der Schweiz konnte Bern den grössten Erfolg verzeichnen.

Verschiedene Bauvorhaben setzen im Berichtsjahr Zeichen in der Stadt. Mit einem grossen Volksfest wird am 31. Mai die Eröffnung des neuen Bahnhofplatzes mit seinem markanten Dach gefeiert.

Im August erfolgt beim Wankdorfplatz der Spatenstich für ein weiteres grosses Bauvorhaben. Der Platz wird zu einem doppelstöckigen Kreisel umgebaut.

Im September wird bekannt, dass der Neubau des Berner Wahrzeichens Bärenpark anstatt 9,7 Millionen neu 14,5 Millionen kosten wird. Umfangreiche und unvorhergesehene Hangsicherungsarbeiten verursachen die Mehrkosten.

Am 8. Oktober eröffnet in Brünnen das Freizeit- und Einkaufszentrum Westside seine Tore. Es verfügt über 50 Läden, zehn Restaurants, elf Kinosäle, ein Erlebnisbad, ein Hotel und eine Altersresidenz. Architekt des Bauwerks mit vielen schrägen Wänden ist Daniel Libeskind. Er nennt Westside unbescheiden «die Stadt des 21. Jahrhunderts».

International

Europa

Europäische Union (EU)

Der EU-Reformvertrag von Lissabon steckt weiterhin in Schwierigkeiten. Das irische Stimmvolk verwirft am 12. Juni den Vertrag mit 53% Nein-Stimmen. Irland ist das einzige Land, in dem die Bevölkerung über den Vertrag

abstimmen konnte. In weiteren 18 Staaten hatte zuvor das Parlament die Ratifikation beschlossen. In Brüssel einigt man sich, den Ratifikationsprozess nach dem irischen Nein vorerst weiterzuführen.

BRD

In Deutschland erleben die Sozialdemokraten (SPD) wie Bayerns CSU unruhige Zeiten. Bei der SPD sorgt der Zickzackkurs in Hessen für Spannungen, die zum Rücktritt des Bundesparteičhfs Kurt Beck im September führen. Der eben erst in die aktive Politik zurückgekehrte frühere Vorsitzende Franz Müntefering wird sein Nachfolger, während Aussenminister Frank-Walter Steinmeier Kanzlerkandidat der SPD wird.

Den Zickzackkurs im Landesteil Hessen verursachte die Landesvorsitzende Andrea Ypsilanti. Vor den Wahlen lehnte sie ein Zusammengehen mit der neuen Partei «Die Linke» ab. Da sie mit den übrigen Verbündeten keine mehrheitsfähige Regierung bilden und damit ihren Intimfeind, Regierungspräsident Roland Koch, nicht ablösen konnte, schwenkte sie nach den Wahlen um und buhlte um die Gunst der Vertreter der extremen Linken. Sie scheiterte dann an vier eigenen Abgeordneten, die diesen Wortbruch nicht mitmachen wollten. So musste in Hessen im Januar nochmals gewählt werden. Dabei stürzte die SPD auf einen historischen Tiefstand von nur noch 23,7% – gegenüber 36,7% im Vorjahr – ab. Andrea Ypsilanti musste vom Landesvorsitz zurücktreten. Roland Koch siegte, wenn auch nicht glanzvoll. Er bleibt aber weiterhin Regierungschef und bildet zusammen mit der FDP die neue Regierung. Die eigentliche Gewinnerin der zweiten Wahl innerhalb eines Jahres ist die FDP. Sie erreichte 16,2% der Stimmen. Ihr Erfolg hat ebenfalls Auswirkungen auf Bundesebene. Im Bundesrat kann die Koalition von SPD und CDU nicht mehr frei schalten und walten.

Bei den Wahlen in Bayern sackt die CSU von über 60 auf rund 43% der Stimmen ab. Erstmals seit 42 Jahren ist sie gezwungen, eine Koalition einzugehen, um die Regierung bilden

zu können. Als Folge treten ihr Parteichef Erwin Huber und Ministerpräsident Günther Beckstein zurück.

Frankreich

Auf Betreiben des hyperaktiven Staatschefs Nicolas Sarkozy gründen 43 Staats- und Regierungschefs im Juli in Paris die «Union für das Mittelmeer». Während die europäischen Länder eher wirtschaftliche Interessen verfolgen, hoffen die südlichen Anrainer auf bessere Möglichkeiten zur Immigration.

Österreich

Bei den vorgezogenen Neuwahlen wird die Sozialdemokratische Partei (SPÖ), trotz herben Verlusten, stärkste Partei. Ihr bisheriger Koalitionspartner, die Österreichische Volkspartei (ÖVP), büsst allerdings noch mehr Stimmen ein. Gewinner sind die beiden Rechtsparteien FPÖ und BZÖ. Trotz dieser Niederlage kommt es zu einer Neuauflage der gescheiterten Koalition der SPÖ mit der ÖVP. Neuer Bundeskanzler wird der Sozialdemokrat Werner Faymann. Vizekanzler und Finanzminister wird der neue Chef der ÖVP, Josef Pröll.

Jörg Haider, Landeshauptmann von Kärnten, stirbt bei einem Autounfall am 11. Oktober 2008. Haider war von einer Parteiversammlung und nach mehreren Gastwirtschaftsbesuchen, stark alkoholisiert, alleine mit seinem Dienstwagen zurückgekehrt. Seine Partei, die BZÖ, konnte bei den Wahlen ihren Anteil von 10,7% praktisch verdoppeln.

Italien

Im Januar gibt Papst Benedikt XVI. die Aufhebung der Exkommunikation der vier Bischöfe der Bruderschaft St. Pius X. bekannt. Sie waren von Marcel Lefebvre ohne Einwilligung des damaligen Papstes ernannt worden. Unter den vier befindet sich auch Richard Williamson, ein ausgesprochener Holocaust-Leug-

ner. Dieser Akt löst viel Unverständnis vonseiten der Judenorganisationen und liberalerer Katholiken aus. Benedikt XVI. zeigte wenig Gespür für seine Handlungsweise, und spätere Korrekturen erfolgten nur halbherzig.

Am Montagmorgen, 6. April 2009, wird Mittelitalien vom verheerendsten Erdbeben seit 1980 getroffen. Der Erdstoss zeigte auf der Richterskala die Stärke von 5,8 an. In der Bergregion der Abruzzen wurden unzählige Häuser und Kirchen in Schutt verwandelt. In L'Aquila, der Hauptstadt der Region, fand am Karfreitag eine besondere Messe für die 289 Toten der Katastrophe statt. Im Beisein von höchsten Würdenträgern des Staates und der Kirche wurde Abschied von vielen Opfern genommen. Ein grosser Teil der Zerstörungen hätte vermieden werden können, würden die Baunormen im gefährdeten Italien nicht notorisch missachtet.



Bild nach dem verheerenden Erdbeben in den Abruzzen
(Foto: Keystone)

Griechenland

In der Nacht zum 7. Dezember wird in Athen ein 15-jähriger Schüler während einer Protestaktion von einem Polizisten erschossen. Aus spontanen Protesten gegen diesen Vorfall entstehen landesweit Unruhen mit sozialen Forderungen. Viele Bürger fühlen sich von der Regierung im Stich gelassen und blicken pessimistisch in die Zukunft. Schüler und Lehrer besetzten die Hochschulen, wo die Ordnungskräfte ohne ausdrückliche Erlaubnis der Rektoren nicht einschreiten dürfen – dies aufgrund des sogenannten «Asylrechts», das 1974 nach der Wiederherstellung der Demokratie eingeführt wurde. Es kam zu massiven Zerstörungen.

Serbien

Im Juli gibt Belgrad die Verhaftung von Radovan Karadzic, einem der meistgesuchten bosnisch-serbischen Kriegsverbrecher, bekannt. Karadzic hat unter falschem Namen und mit guter Tarnung jahrelang als Psychotherapeut in Belgrad leben und wirken können. Er war seit 1995 vom Haager Kriegsverbrechertribunal gesucht worden.

Ukraine

Zwischen der Ukraine und Russland bricht im harten Winter ein wochenlangender Streit über Gaspreise aus. Die Ukraine sollte Weltmarktpreise für Gas akzeptieren. Infolge der gestoppten Gaslieferungen litten insbesondere Mitteleuropa und teilweise Westeuropa, deren Gasbezüge über ukrainisches Gebiet führen.

Russland

Am 7. Mai erfolgt die Amtsübernahme des neuen russischen Präsidenten Dimitri Medwedew. Er folgt auf Wladimir Putin, der wegen Amtszeitbeschränkung zurückgetreten ist. Der 43-jährige Medwedew ist ein Ziehsohn von Putin. Putin selbst wird am folgenden Tag zum



Massive militärische Intervention Israels im Gazastreifen (Foto: Keystone)

Ministerpräsidenten ernannt. Regierungsprogramm und Kabinettszusammensetzung lassen keinen Zweifel daran, wer auch fortan die Zügel in der Hand hält. Präsident Medwedew hält sich im ersten Jahr eher im Hintergrund.

Georgien

Im August bricht ein neuer bewaffneter Konflikt aus. Nach monatelangen Spannungen zwischen Georgien und der abtrünnigen Provinz Südossetien marschieren georgische Truppen ein. Sie provozieren damit ein massives und gut vorbereitetes militärisches Eingreifen russischer Verbände. Beide Seiten bringen schwere Waffen zum Einsatz und bombardieren beidseitig gegnerische Ziele mit ihrer Luftwaffe. Innerhalb weniger Tage erreichen die Streitkräfte Russlands eine Übermacht und dringen auf georgisches Gebiet vor. Trotz Appellen zur Mäßigung führen sie ihre Zerstörungs- und Besetzungsaktion in Georgien fort. Russland

macht klar, dass eine Reintegration der abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien in den georgischen Staat nicht infrage kommt. Nach einer Woche tritt ein von der EU vermittelter Waffenstillstand in Kraft. Dieser Waffenstillstand trübt die Beziehungen Russlands zum Westen massiv.

Naher und mittlerer Osten

Israel/Palästina

Ende Juli kündigt der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert seinen Rücktritt für September an. Er ist in einen Korruptionsskandal verwickelt.

Der Zwist zwischen den Palästinensern und Israel eskaliert im Dezember erneut. Trotz internationalen Vermittlungsversuchen gelingt es nicht, den vereinbarten Waffenstillstand nach dem 19. Dezember zu verlängern. Vom Gazastreifen, der von der radikalen Hamas be-

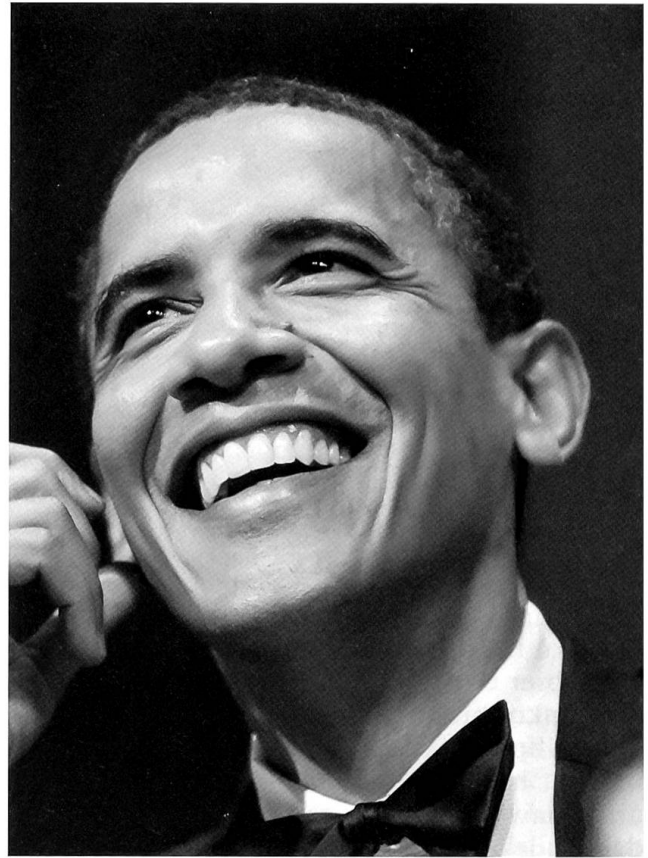
herrscht wird, wurden vorgängig regelmässig Kassem-Raketen mit geringer Reichweite auf israelisches Gebiet abgefeuert. Zudem weiss Israel, dass bald Raketen mit grösserer Reichweite zur Verfügung stehen werden. So beschliesst Israel eine massive militärische Intervention gegen den Gazastreifen mit dem Hauptziel, die Hamas zu schwächen und die Sicherheitslage im Süden Israels zu verbessern. Nach tagelangen Bombardierungen aus der Luft folgt eine Bodenoffensive mit schwerem Gerät. Da die Grenzen nach Ägypten wie nach Israel geschlossen sind, hat die Zivilbevölkerung keine Fluchtmöglichkeiten und erleidet schwere Verluste. Die Hamas verfolgte auch die Taktik, Kämpfer in der Nähe der Zivilbevölkerung zu platzieren. Genaue Opferzahlen wurden nicht bekannt, doch dürfte es weit über 1000 Tote und ein Mehrfaches davon an Verletzten gegeben haben.

Zwei Monate nach den Parlamentswahlen nimmt die neue Regierung Israels, mit Benjamin Netanjahu als Ministerpräsidenten, Anfang April ihre Arbeit auf. Auffallend sind die Grösse der Regierung mit 30 Ministern sowie die Ernennung von Avigdor Lieberman als Aussenminister. Um eine tragfähige Mehrheit in der Knesset zu erhalten, musste Netanjahu viele Konzessionen eingehen.

Nord- und Südamerika

USA

Die USA haben sich am 4. November einen historischen Tag geschenkt. Die Geschichte der Rassendiskriminierung hat so tiefe Wunden in der nationalen Psyche hinterlassen, dass die Wahl des ersten schwarzen Präsidenten zu einem Akt von nationaler Bedeutung wurde. – Barack Hussein Obama wurde am 4. August 1961 in Honolulu geboren. Sein Vater stammte aus Kenia und seine weisse Mutter aus Wichita (Kansas). Seit 1992 ist er mit Michelle Obama (*1964) verheiratet; sie haben zwei Töchter: Malia Ann (*1998) und Natasha (*2001). Zur



Der erste schwarze Präsident der USA: Barack Obama
(Foto: Keystone)

Familie gehört neuerdings auch «Bo», ein portugiesischer Wasserhund.

Obama studierte Justiz an der Harvard School of Law und vertrat seinen Staat Illinois im Senat.

Zu Beginn des Vorwahlkampfes bewarb sich eine grosse Anzahl demokratischer Anwärter für das Amt. Nach den ersten Vorwahlen in Iowa, New Hampshire, Nevada und South Carolina schrumpfte das Feld auf Obama und Hillary Clinton. Letzterer wurden eigentlich bessere Chancen eingeräumt: ihr klingender Name, eine Frau und die Tatsache, dass sie in bevölkerungsreichen Staaten immer besser abschnitt. Die beiden lieferten sich ein hartes Kopf-an-Kopf-Rennen bis kurz vor der Nominierung durch die Demokratische Partei.

Am nationalen Wahltag erhielt Barack Obama, zusammen mit Joe Biden, dem Kandidaten für das Vizepräsidium, 53% aller abgegebenen Stimmen. Der republikanische Gegenkandidat John McCain schaffte, zusammen mit Sarah Palin, die er zur Vizepräsidentin bestimmt hatte, 46% aller Stimmen. Im gesamten Wahlkampf vor der Nominierung Obamas wie gegen seine republikanischen Herausforderer spielte das Internet zum ersten Mal eine sehr wichtige Rolle. Seine Videos (z.B. «Yes we can» und «Change») wie jene seiner Anhänger wurden millionenfach heruntergeladen. Einen wichtigen Beitrag leistete sicher die Abkehr der Amerikaner von der Politik seines Vorgängers George W. Bush, der eine katastrophale Bilanz hinterliess.

Vorerst gilt es nun für Obama, die schwere Finanz- und Wirtschaftskrise der USA in den Griff zu bekommen. Bereits im Februar unterschrieb er ein 787 Milliarden Dollar schweres Konjunkturprogramm, das zur Schaffung von 3,5 Millionen Arbeitsplätzen führen soll. Es beinhaltet hauptsächlich Infrastruktur-, Energie- und Umweltprogramme. Später verkündete er das Ende aller Kampfmissionen im Irak mit dem Versprechen, die meisten Truppen innert 18 Monaten zurückzubringen. Anlässlich seiner ersten Europareise mit sehr vielen Stationen rief er zu einer atomwaffenfreien Welt auf. Die Zukunft wird zeigen, ob Obama mit seinen schon immer sehr linksgerichteten Ideen bei seinen Landsleuten durchdringen wird.

Kolumbien

Nach über sechs Jahren Gefangenschaft durch die Farc-Rebellen wird die kolumbianisch-französische Doppelbürgerin und ehemalige Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt in einer verdeckten Aktion von Armeeangehörigen und Amerikanern befreit. Einige Befreier trugen unberechtigtweise Embleme des Internationalen Roten Kreuzes. Der Aufenthaltsort von Betancourt konnte aufgrund von Daten eines erbeuteten Computers ermittelt werden.

Asien

Indien

Ende November fand in Mumbai ein Überfall von Terroristen statt, den die Polizei und Antiterrorereinheiten selbst nach mehreren Tagen nicht unter Kontrolle brachten. An zehn verschiedenen Orten kam es zu Überfällen mit Geiselnahmen. Besonders symbolkräftig war der Überfall im Taj Mahal Hotel. Die Terroristen kamen aus dem benachbarten Pakistan. Insgesamt kamen 129 Menschen zu Tode.

Myanmar (das frühere Burma)

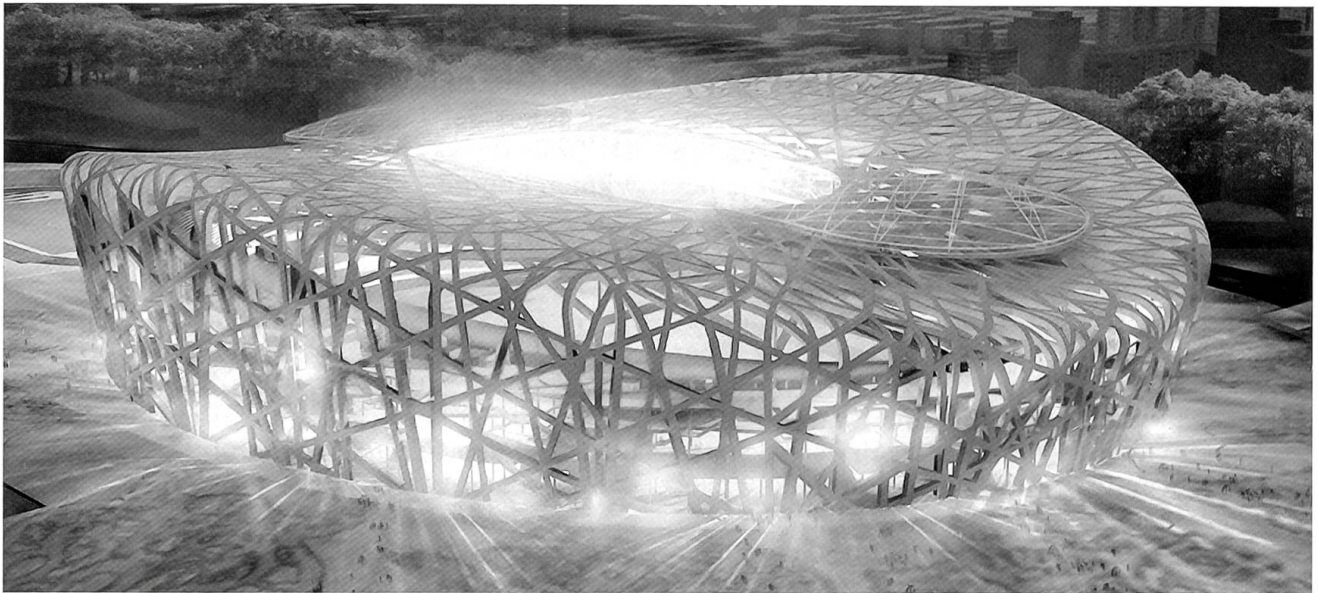
Der tropische Wirbelsturm «Nargis» richtet im Delta des Flusses Irrawaddy im Süden Myanmars am 3. Mai riesige Schäden an. Das Militärregime lehnt ausländische Hilfe ab und hindert Hilfsorganisationen am Zugang zum Schadensgebiet. Genaue Opferzahlen werden deswegen nicht bekannt. Die Zahl der Todesopfer wird auf 80 000 bis 100 000 geschätzt.

China

In der westchinesischen Provinz Sichuan richtet ein Erdbeben von der Stärke 7,8 am 12. Mai riesige Schäden an. Eine ganze Region in der Nähe der Hauptstadt Chengdu wird zerstört. Insgesamt 88 000 Menschen kommen um oder werden seither vermisst, 170 000 werden verletzt, gegen fünf Millionen werden obdachlos. Schwere Regenfälle erschweren die Rettungsarbeiten. Durch Erdrutsche werden mehrere Flüsse gestaut. In den schnell ansteigenden Seen versinken ganze Siedlungen. Hunderttausende von Bauern verlieren ihre Lebensgrundlage.

Thailand

Das Land ist tief gespalten zwischen den «Gelben» und «Roten». Dabei repräsentieren die «Gelben» den König Bhumibol und seine Bera-



Stadion der Olympischen Sommerspiele 2008 in Peking. Der Entwurf dazu stammt von den Basler Architekten Herzog und de Meuron. (Foto: Keystone)

ter, die Mehrheit der Armee, städtische Eliten und den Ministerpräsidenten Abhisit. Die «Roten» rekrutieren sich hauptsächlich aus der Polizei, den ländlichen Schichten (insbesondere im bevölkerungsreichen Nordosten) und allgemein Anhängern von Exministerpräsident Thaksin. Im Dezember erreichten die «Gelben» mit einer wochenlangen Besetzung des internationalen Flughafens von Bangkok, dass «ihre» Regierung eingesetzt wurde. Im April schlugen die «Roten» zurück und erreichten, dass ein ASEAN-Gipfel abgesagt werden musste. Das führte zu einem wichtigen Gesichtverlust von Ministerpräsident Abhisit. Die Wirren schaden dem Tourismusland Thailand enorm.

Afrika

Libyen

Im Juli nimmt die Genfer Polizei den Sohn des libyschen Staatschefs Ghaddhafi aufgrund einer Anklage wegen körperlicher Misshandlung von Bediensteten vorübergehend fest. Als

Vergeltungsmassnahme inhaftiert Libyen zwei Schweizer Geschäftsleute. Sie müssen zehn Tage im Gefängnis verbringen. Der libysche Botschafter in Bern wird zurückgerufen. Im Weiteren wird ein Lieferboykott von libyschem Erdöl angekündigt. Im Januar wird sogar der Swiss das Anfliegen von Libyen verboten. Ghaddhafi will unbedingt eine offizielle Entschuldigung der Schweiz erwirken.

Sport

Der FC Basel gewinnt am 10. Mai mit dem 2:0-Sieg gegen die Berner Young Boys den 12. Titel eines Schweizer Meisters. Einer der ältesten Fussballklubs der Schweiz, der FC St. Gallen, muss hingegen in die Challenge-Liga absteigen.

Das dominierende Sportthema in der Schweiz bildete in diesem Jahr die Fussball-Europameisterschaft Euro 08. Sie wird von Österreich und der Schweiz gemeinsam organisiert. Spielorte in der Schweiz sind Basel, Bern, Genf und Zürich. Die Schweizer Mann-

schaft, letztmals von Köbi Kuhn trainiert, steigt mit grossen Hoffnungen in das Turnier ein. Aber bereits das Eröffnungsspiel vom 7. Juni in Basel gegen Tschechien geht mit 0:1 verloren, ebenso das zweite Spiel vom 11. Juni gegen die Türkei mit 1:2. Damit scheidet die Schweiz bereits vorzeitig aus dem EM-Turnier aus. Das letzte Gruppenspiel der Schweizer Nationalmannschaft gegen Portugal wird mit 2:0 gewonnen. Gewonnen wurde die Europameisterschaft von Spanien mit einem Sieg über Deutschland mit 1:0.

Roger Federer verliert erstmals wieder nach fünf aufeinanderfolgenden Siegen den sechsten Final im Tennisturnier von Wimbledon. Der Viersatzsieg des Spaniers Rafael Nadal war äusserst hart umkämpft. – Im September schreibt Federer dagegen ein weiteres Kapitel in der Tennisgeschichte. Er gewinnt in New York das fünfte US-Open-Turnier in Folge. Es ist sein 13. Grand-Slam-Titel. Anschliessend kann er nicht mehr an seine guten Leistungen anknüpfen und verliert mehrmals vor den Finals. Im April verliert er erstmals gegen seinen Schweizer Konkurrenten S. Wawrinka.

In Peking werden am 8. August die 29. Olympischen Sommerspiele mit einer gigantischen Zeremonie eröffnet. Sie finden im neuen Stadion, wegen seiner Form im Volksmund «Vogelnest» genannt, das von den Basler Architekten Herzog und de Meuron entworfen wurde, statt. Das Resultat der Schweizer Sportler fällt positiv aus. Die Medaillenausbeute unserer Sportlerinnen und Sportler: Gold: Fabian Cancellara, Radzeitfahren, und Roger Federer und Stanislas Wawrinka, Tennis-Doppel; Bronze: Karin Thürig, Radzeitfahren, Fabian Cancellara, Strassenradrennen, Nino Schurter, Cross-Country-Mountainbike, und Sergei Aschwanden, Judo bis 90 kg. – Insgesamt wurden 302 Goldmedaillen vergeben. Die meisten, nämlich deren acht, holte sich der amerikanische Schwimmer Michael Phelps. Herausragender Leichtathlet war der jamaikanische Sprinter Usain Bolt mit drei Weltrekorden über 100 und 200 m sowie mit der 4×100-m-Staffel.

Beim Skisport finden die Schweizer Athleten wieder zu ihrer alten Stärke zurück. Sie brillie-

ren bei den alpinen Disziplinen hauptsächlich mit Didier Cuche und bei den Skispringern mit Simon Ammann. Den am wenigsten erwarteten Sieg feiert der Langläufer Dario Cologna, der die Tour de Ski erstmals für die Schweiz gewinnen konnte.

Was sonst noch geschah

Auf der Kander bei Wimmis ereignet sich am 12. Juni ein schwerer Militär Unfall. Bei einer Übung, die der Teambildung dienen sollte, kentern zwei Schlauchboote. Sie gerieten in eine Wasserwalze, und fünf Armeeangehörige verloren ihr Leben. Die Übung war schlecht vorbereitet, da der Kommandant sich ungenügend über den gefährlichen Streckenabschnitt der Kander informiert hatte. Bei der Untersuchung der Umstände stiessen die Behörden auf Unstimmigkeiten bei der Kaderselektion. Der Chef der Luftwaffe, Korpskommandant Walter Knutti, musste zurücktreten.

Ende Juni findet in Luzern das Eidgenössische Jodlerfest statt. Mit 360 000 Besuchern ist es das erfolgreichste Jodlerfest aller Zeiten.

Am 15. Januar ereignete sich in New York ein Flugunfall, der Geschichte schrieb. Ein Airbus A320 der US Airways hob am Nachmittag vom Flugplatz La Guardia in New York zum Flug nach Charlotte in North Carolina ab. Kurz nach dem Start, auf einer Höhe von 900 m, flog die Maschine in einen Vogelschwarm, und beide Triebwerke fielen aus. Der Kommandant, Chesley Sullenberger, übernahm vom Co-Piloten sofort die Maschine. Er wusste, dass er die nächstgelegene Flugpiste nicht mehr erreichen konnte. So entschloss er sich, das Flugzeug mit 150 Passagieren und fünf Besatzungsmitgliedern auf dem Fluss Hudson notzulanden. Aufgrund seiner immensen Erfahrung und Kenntnisse als Segelflugzeugpilot gelang ihm eine perfekte Landung in der Nähe von Fährren. Alle 155 Menschen überlebten diese Notwasserung heil. Es ist äusserst selten, dass eine Notlandung auf Wasser gelingt, da es beim Aufprall so hart wie Beton wirken kann.